

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

28.9.1921 (No. 226)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Druckerei:  
Nr. 953  
und 954  
Postkontor  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich:  
Hauptredakteur  
E. A. M. e. n. d.  
Druck  
und Verlag:  
G. Braunsche  
Hofbuch-  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 21 A 90 P; — Einzelnummer 25 P — Anzeigengebühr: die zum gestapelten Blattende oder deren Raum 90 P Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abrechnung, Zwangsweiser Verbreitung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinendruck, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### \* Schwenkungen.

Am Montag den 12. September besahen wir uns an dieser Stelle in einem unter der Überschrift „Aufkauf der öffentlichen Meinung“ erschienenen Artikel mit der Tatsache, daß in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Blättern ins Lager der Reaktion oder der Deutschen Volkspartei abgelenkt sind. Der Übergang der „Täglichen Rundschau“ in deutschnationalen Besitz war die unmittelbare Veranlassung zu diesem Artikel.

Die damals geäußerte Ansicht, daß dieser Prozeß noch lange nicht abgeschlossen sei, und daß es in nächster Zeit wohl noch einige andere Übertragungen auf diesem Gebiet geben werde, hat sich noch rascher als zutreffend erwiesen, als wir selber ahnen konnten. Und zwar ist es diesmal ein badisches Blatt, das seinen Übertritt von der Deutschdemokratischen Partei, der es, wenn auch nicht offiziell, so doch mit manchem Beitrag gedient hat, zur Deutschen Volkspartei vollzieht. Es ist die in Karlsruhe erscheinende „Badische Presse“, ein Blatt, das allerdings nur mit Vorbehalt zu den politischen Organen gezählt werden darf.

In der gestrigen Abendausgabe der „Badischen Presse“ wird in einem „Umschau“ überschriebenen Leitartikel die Frage der Bildung eines breiten Blockes der Mitte erörtert, und dann wird das Verhältnis zwischen der Deutschdemokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei in Baden unter die Lupe genommen. Es wird Sache der offiziellen Parteiorgane sein, sich zu der Art und Weise, wie hier die Entwicklung seit 1918 geschildert wird, zu äußern. Wir halten es lediglich für unsere Aufgabe, von den Tatsachen selbst Notiz zu nehmen, und können dabei an der Tatsache, daß diese Schilderung, wie überhaupt der ganze Artikel, einen scharfen Vorstoß gegen die Deutschdemokratische Partei Badens darstellt, nicht vorübergehen.

Nach der Ansicht der „Bad. Presse“ müßte versucht werden, aus den Verhältnissen, wie sie nun einmal sind, zu dem Ziel zu gelangen, das 1918 verfehlt worden ist, nämlich der Bildung einer starken bürgerlichen und liberalen Mittelpartei. Da die Verschmelzung der beiden liberalen Parteien an persönlichen und organisatorischen Fragen doch immer scheitern werde, so bleibe eben nur der Weg der friedlichen Durchdringung der einen Partei durch die andere. Die Partei, die nach der Ansicht der „Badischen Presse“ durch die andere durchdrungen werden soll, ist die Deutsche Volkspartei. Denn „das, was heute noch von der Deutschdemokratischen Partei bestehe, sei innerlich vollkommen zerfallen.“ Hier sei nichts mehr zu verkitten, hier sei nur noch die Möglichkeit, den letzten schwachen Faden zu zerschneiden. Auch in Baden selbst seien offenbar die Gegensätze unter der Oberfläche schon soweit gewachsen, daß es fraglich erscheine, ob die einheitliche Fassade bis zu den Wahlen halten werde. Da also angeht dieser inneren Gegensätze auf eine Vereinigung der Gesamtpartei mit der Volkspartei immer weniger Hoffnung bleibe, da andererseits die Volkspartei immer tiefer in die Wählermassen der Demokraten hineingreife — das Wahlergebnis in Thüringen gab einen neuen Beweis —, so gebe es nur noch einen Weg für die liberalen Gesinnten in der Demokratischen Partei: sie reißen sich, wenn es auch manchmal nicht leicht fällt, von liebge gewordenen Vorstellungen los, sehen der Wahrheit gerade ins Gesicht und erkennen, daß das Ziel der großen liberalen Einheitspartei der Mitte, das 1918 mit der Demokratischen Partei erstrebt wurde, heute nur noch zu erreichen ist, wenn die „Deutsche Liberale Volkspartei“ als das Sammelbecken aller wirklich liberalen Elemente gewählt wird. Wenn heute vielleicht noch dies und das an der Volkspartei nicht ganz gefalle, so werde es ja gerade dadurch, daß linksliberaler Zugang in größerem Maße komme, möglich werden. Den Kurs von innen her mitzubestimmen und wenn das Endergebnis sei, daß links ein kleiner demokratischer Klub der Unentwegenen zurückbleibe, und rechts ein paar Pseudoliberalen den frischen Wind in der Volkspartei nicht vertragen können und zu den Deutschnationalen abspalten, so werde das „sicher der Einheitslichkeit und Kraft der gesamtliberalen Bewegung in der bedeutend vergrößerten und in sich gerundeten Deutschen Volkspartei nur zugute kommen.“ Der Artikel schließt mit dem Wunsch, daß die Deutschdemokratische Partei recht bald in der

Deutschen Volkspartei aufgehen möge, damit die deutsche liberale Volkspartei das allein übrig bleibende Sammelbecken werde. Von den kommenden Landtagswahlen wird erwartet, daß sie die Entwicklung bereits ein starkes Stück weiter nach dieser Richtung treiben.

Wenn wir auch die politische Bedeutung der „Badischen Presse“ keineswegs überschätzen, so ist doch die von der Redaktion angezeigte Schwenkung auffallend genug, um die Beachtung zu rechtfertigen, die wir ihr entgegenbringen. Diese Beachtung wird verstärkt durch die sonstigen eben zitierten Behauptungen, die das Blatt aufstellt. Und selbst wenn, wie wir erwarten, ein Teil dieser Behauptungen von der Redaktion demnächst zurückgenommen werden wird, so bleibt doch noch immer die Tatsache bestehen, daß man in deutschvolksparteilichen oder rechtsdemokratischen Kreisen geglaubt hat, die Redaktion oder wohl besser: den Verlag der „Badischen Presse“ zu diesem aufsehenerregenden Vorstoß anzuregen zu können.

Nach der Schwenkung der „Badischen Presse“ gibt es in Karlsruhe kein Blatt mehr, das wirklich als Organ der Deutschdemokratischen Partei angesehen werden könnte. Schon lange haben die Teile der politisch interessierten Öffentlichkeit, die eine klare Stellungnahme der Verantwortlichen und Zweifeltätigen vorziehen, das Fehlen eines wirklich demokratischen Organs in Karlsruhe, wie es früher durch den „Badischen Landesboten“ repräsentiert wurde, beklagt. Wenn die Vorgänge der letzten Zeit dazu führen könnten, daß ein solches Blatt wieder gegründet wird, so wäre das im Interesse der politischen Klarheit nur zu begrüßen, zumal ja wohl der fromme Wunsch der „Badischen Presse“, daß die Deutschdemokraten nach und nach in der Deutschen Volkspartei aufgehen werden, sicherlich nicht verwirklicht werden wird.

Nachschrift: Auf eine Erkundigung an maßgebender Stelle erfahren wir, daß die deutschdemokratische Parteileitung durch den Artikel der „Bad. Presse“ vollkommen überrascht worden ist. Die Parteileitung hält ihn für eine Quertreibung, die dazu dienen soll, Verwirrung in die Reihen der demokratischen Anhänger und Wähler hineinzutragen.

### \* Der sozialdemokratische Parteitag

wird von den führenden Blättern der politischen Presse eingehend erörtert. Was unser eigenes Urteil betrifft, so verweisen wir auf unseren Leitartikel in Nr. 21 vom 22. September „Die Koalitionsbereitschaft der Sozialdemokratie“. Eine der besten Betrachtungen über den Parteitag, sein Ergebnis und seine Bedeutung finden wir in der „Frankfurter Zeitung“. Sie sei im Wesentlichen hier wiedergegeben:

Der sozialdemokratische Parteitag, der in der vorigen Woche in Göttingen abgehalten worden ist, hat sich, wie es auf Parteitagungen stets geschieht, mit sehr vielen Dingen befaßt, unter denen aber zwei hervorstechen: die Koalitionsfrage und das Parteiprogramm. Über den Göttinger Koalitionsbeschluss haben wir schon einiges gesagt. Zugewiesen ist in der sozialdemokratischen Presse zum Ausdruck gekommen, daß der Beschluss ihre Parteigenossen im Lande völlig unvorbereitet getroffen hat. Die Überraschung muß in der Tat nicht gering gewesen sein. Sechs Tage vor dem Parteitag, in der „Neuen Zeit“ vom 18. September, hat der Parteivorstand Welts noch ausgesprochen, daß die Sozialdemokratie mit der Gruppe um Stinnes nicht zusammen in einer Regierung arbeiten könne. Demnach scheinen die Führer um jene Zeit selber noch nicht gewußt zu haben, daß sie auf dem Parteitage jenen Beschluss empfehlen würden. Offenbar sind sie selbst erst in letzter Minute überzeugt worden, daß die Sozialdemokratie unter den heutigen Umständen überhaupt keine Politik machen könne, wenn sie sich nicht den Weg zu freien Entschlüssen öffnet. Das ist geschehen, und es wird nun die Aufgabe der Führer sein, ihren Parteigenossen nachträglich klar zu machen, daß die Sozialdemokratie im Augenblick allerdings nichts Klügeres tun konnte, als die Kasserer Bindung aufzugeben. Leicht werden sie es nicht haben, wenigstens an manchen Orten. Es besteht eine starke Tendenz in der Sozialdemokratischen Partei, sich mit den Unabhängigen wieder zu vereinigen. Das ist verschiedentlich hervorgetreten, so auch kürzlich auf der Tagung des Metallarbeiterverbandes. Nun befürchtet man, daß diese Annäherung durch den Koalitionsbeschluss und seine voraussetzlichen Wirkungen gefährdet werde. Die Unabhängigen spielen in dieser Sache keine einseitige Rolle, oder vielmehr sagt man besser, daß sie auch da wieder nicht einhelliger Meinung sind. Die „Frankfurter Tagespost“ hat mitgeteilt, daß einflussreiche Führer der Unabhängigen über die Taktik der sozialdemokratischen Parteivorstandes unterrichtet worden seien und sich einverstanden erklärt hätten. Das Berliner Blatt der Unabhängigen hat sich dazu über den Koalitionsbeschluss zurückhaltend geäußert, aber darauf Artikel ver-

öffentlicht, die sehr entschieden gegen den Beschluss reden, und andere Blätter tun desgleichen. Obgleich das den sozialdemokratischen Führern die Aufklärung erschwert, darf man doch wohl annehmen, daß ihre Parteigenossen begreifen werden, worum es sich handelt.

Durch die Koalitionsfrage ist die Angelegenheit des Parteiprogramms etwas in den Hintergrund gedrängt worden. Es hätte sonst sicherlich den Parteitag mehr beschäftigt, und dennoch kann man sagen, daß ein Programm der Sozialdemokratischen Partei, gleichviel wie es aussieht, heute für sie nicht mehr die Bedeutung hat, wie früher. Parteiprogramme, die Weltanschauungsfragen beantworten, haben einen entscheidenden Charakter, wenn sich die Partei sozusagen als eine Kirche fühlt, die jedes Mitglied darauf prüft, wie es es mit ihrer Religion halte, und diejenigen hinausbefördert, die als zu leicht befunden werden. Von dieser Art war das Erfurter Programm und war lange Zeit die Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei. Zwei Jahrzehnte hindurch hat der Revisionistenstreit gedauert, aber man hat schon Vollmar, als er Anfangs der neunziger Jahre seine berühmten Eborabreden hielt, nicht hinwegsetzen können, obgleich man es gerne getan hätte. Es stand zu viel hinter ihm, zu viel dann auch hinter Bernstein und anderen Wortführern der damals neuen Richtung. Das Leben war härter als das Erfurter Programm, die Sozialdemokratie ist immer mehr etwas anderes geworden, als sie einmal war, und das neue, das Göttinger Programm ist nur eine Befestigung, obgleich es immer noch ein Kompromiß ist. Das sozialdemokratische Publikum ist gewohnt, in seinem Programm den „Kampftamp“ zu haben, also ist es darin, nachdem er aus dem Entwurfe schon ausgemergelt war, und auch sonst ist einige Male von Kampf und Kampf die Rede. Man wird das heute nicht mehr tragisch nehmen, denn es ist schon genügend Sozialdemokraten klar geworden, daß der Kampf an sich nicht das höchste Glück der Erdenkinder ist, und daß man nur dann kämpft, wenn es nötig ist, womit ja der Koalitionsbeschluss sehr gut übereinstimmt. Viel interessanter ist es, daß das neue Programm mehrmals vom „Willen“ spricht: „Mächtiger denn je erhebt sich der Wille, das kapitalistische System zu überwinden.“ Hier dem Willen den Weg zu weisen, . . . ist Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.“ Das Göttinger Programm verzichtet darauf, die Prognose der Erfurter Formulierung zu stellen, daß die Entwicklung mit Naturnotwendigkeit in den Sozialismus führe, und wendet sich lieber an den Willen. Das Programm ist, wie man sich wissenschaftlich ausdrücken pflegt, voluntaristisch, was jedem orthodoxen Marxisten nur ein Greuel sein kann. Und es „kämpft um die Erneuerung der Gesellschaft im Geiste sozialen Gemeinwesens“, läßt also ahnen, daß es mit wirtschaftlichen Dingen allein nicht getan ist, sondern der Geist eine beträchtliche Rolle spielt.

Aber das Wirtschaftliche selber enthält das Programm, insbesondere sein grundsätzlicher Teil, nicht viel, und Ströbel hat ihm deshalb Ideenlosigkeit vorgeworfen. Stämpfer hat erwidert, wo denn die Ideen Heinrich Ströbels seien? Und in der Tat, auch sie werden vermehrt. Woher sollte man auch große und Richtung weisende Gedanken nehmen? Die alten sind verbraucht, und für neue ist die Reife noch nicht gekommen. Deute bewegt man sich noch zwischen David und Ströbel. Dieser ruft, daß der Mensch durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gebildet werde, jener, daß man ohne Gestaltungssozialismus nicht sozialisieren könne, wozu Ströbel wiederum bemerkt, daß man immer noch nicht wisse, was Sozialisierung eigentlich sei. So stellt der eine, dem Herkommen gemäß, noch die Wirtschaft voran, der andere schon die Gesinnung. Wenn man es genau nimmt, haben beide, Gesinnung und Wirtschaft, ihre Rolle, und es kommt nur darauf an, Maß und Rang zu erkennen. Man wird nicht bestreiten, daß elende wirtschaftl. Verhältnisse eine gute Gesinnung verderben können, — können aber nicht müssen, wofür es tausendfach Beispiele gibt. Man wird es für nötig halten, die Verhältnisse so zu formen, daß die Bevölkerung möglichst gar nicht in die Gefahr komme, an ihrer Gesinnung Schaden zu leiden. Aber niemals wird irgend etwas, das wie Sozialismus aussieht, Bestand haben, wenn nicht die dazu erforderliche Gesinnung vorhergeht. Diese entscheidende Einsicht, die nicht bloß für Sozialismus, sondern überhaupt grundlegende Bedeutung hat, ist in der Sozialdemokratischen Partei auf dem Wege.

Schon in Göttingen hat man ausgesprochen, daß auch das neue Programm nichts Endgültiges sei und vielleicht nur ein paar Jahre halten werde. Die Sozialdemokratische Partei kann aus ihrer eigenen Geschichte lernen, daß auf Programme nicht alles ankommt. Das Göttinger Programm war recht maßig, und die Sozialdemokratie ist dennoch gemachsen. Das Erfurter Programm ist längst zerfallen und die Sozialdemokratie hat auch das überstanden. Am Göttinger Programm ist die Zukunft auch nicht beizubehalten, sondern das, worauf es ankommt, das ist, daß die Sozialdemokratische Partei Führer habe.

Die Göttinger Resolution zur Frage der Regierungsbildung, ist von unabhängigen Blättern als der angebliche Beweis einer Rechtschwenkung bekämpft worden. Die mehrheitssozialdemokratische Presse macht gegen diese Auffassung Front und läßt dabei erkennen, daß sich der Göttinger Beschluss nicht nur auf die Deutsche Volkspartei, sondern auch auf die Unabhängigen beziehe. Der Karlsruher „Volkfreund“ z. B. schreibt:

„. . . Indessen ist die Klärung eingetreten. Zuerst war es das Referat des Genossen Hoch über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion, welches bewies, daß die Sozialdemokratische Partei in keiner Weise eine Schwenkung nach rechts vorgenommen hatte. . . Sodann kam des Exposé des Genossen Reil über Finanz- und Steuerfragen, aus dem klar hervorging, daß die Partei fester denn je an der Heranziehung des Reiches und an der Erfassung der Goldwerte zur Erfüllung der Reparations-

Mit einer Beilage: 6. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

lösen hält. Und nun hat auch der Referent des Parteivorstandes, Hr. Krüger, selbst das Wort im „Vorwärts“ ergriffen, um festzustellen, daß vor einem Umfall der Sozialdemokratie nach rechts, gar keine Rede sein kann, daß der Götlicher Beschluß keineswegs besonders auf die Deutsche Volkspartei abgestimmt ist, und daß, wenn diese nicht rückhaltlos die Götlicher Forderungen annimmt, es auch in Zukunft keine Koalition mit ihr geben wird. Wenn nun Krüger die Götlicher Resolution dahin auslegt, daß sie uns lediglich Bewegungsfreiheit nach beiden Seiten verschaffen sollte, so sind wir mit dieser Ansicht einverstanden. Gewiß ist die Art, in der Krüger in seinem Referat von der unabhängigen Sozialdemokratie gesprochen hat, nicht dazu angetan gewesen, die Vorstandsresolution als eine Aufforderung, auch an die Unabhängigen erscheinen zu lassen, civislich Farbe zu bekennen. Aber Krüger hat ganz recht, wenn er in seinem „Vorwärts“-Artikel darauf hinweist, daß für die U.S.P. die Leipziger Beschlüsse wenigstens auf dem Papier nach wie vor gelten, d. h., daß die U.S.P. noch immer keine klare Abgabe an die bolschewistische Theorie der Diktatur des Proletariats erteilt hat. . . . Karl Kautsky setzt in einem durchaus verständig geschriebenen Aufsatz in der Freitag-Morgenausgabe der „Freiheit“ auseinander, daß die Unabhängigen auf dem besten Wege waren, sich von der Notwendigkeit der Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien zu überzeugen. Diese Entwicklung sei aber durch die Götlicher Debatte empfindlich gestört worden. Ja, wäre nur das Tempo dieses geistigen Gesundungsprozesses in den Reihen der U.S.P. nicht so furchtbar schmerzhaft gewesen, dann wäre es wahrscheinlich niemals zu dieser Götlicher Debatte gekommen. Die Unabhängigen hätten die Pflicht gehabt, wenn nicht schon früher, so doch wenigstens nach der Ultimatumkrise ihre papierenen Theorien von der Notwendigkeit des unverfälschten revolutionären Klassenkampfes und von der Unzulänglichkeit der Koalitionspolitik zum alten Klunder zu werfen. . . . Ob es zu einer Erweiterung der Koalition nach rechts überhaupt kommen wird, ist auch nach der Götlicher Resolution noch sehr zweifelhaft. . . . Allein die Tatsache, daß Dr. Stresemann in scharfer Weise die Verhandlungen des Reichstages Dr. Wirth kritisiert hat, zwingt uns mehr denn je, an dem Grundsatz festzuhalten, daß nur eine reifliche Zustimmung zu den Götlicher Mindestforderungen eine Erweiterung der Koalition nach rechts zur Folge haben kann. Bloße Lippenbekanntnisse genügen nicht. Die Arbeiterschaft hat das Recht, Herrn Stresemann und seinen Freunden gegenüber mißtrauisch zu sein. Dr. Wirth dagegen hat sich ihr volles Vertrauen, namentlich durch seine mannhafte Haltung in den letzten Wochen erworben. Eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei im Zeichen der Beseitigung des gegenwärtigen Reichstages kommt für uns nicht in Betracht.“

### Politische Neuigkeiten. Die Verhandlungen über die Regierungsbildung.

Das „Berliner Tagblatt“ meldet: Für den Fall, daß die Deutsche Volkspartei in die Reichskoalition eintritt, wird diese ein Ministerium ohne Portfeuille erhalten. Nach den Informationen dieses Blattes handelte es sich um den Finanzministerposten, der der Deutschen Volkspartei zufallen soll. Außerdem würde dieser Partei das Reichsfinanzministerium angeboten werden. Als kommender Reichsfinanzminister werde allerdings der bayerische Staatssekretär Dr. Hoff genannt, der der Deutschen Volkspartei nahe steht. Demnach dürfte, wenn Dr. Wirth im Amte verbleibt, was die heutigen Koalitionsparteien dringend wünschen, die ganze Umbildung des Kabinetts lediglich in einer Ergänzung, sowie in einem Austritt Dr. Gradnauers bestehen. Als Nachfolger Dr. Gradnauers beabsichtigt die Sozialdemokratie den früheren preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun in Vorschlag zu bringen.

### Deutscher Reichstag.

Der Reichstag ist gestern wieder zusammengetreten. Die Sitzung wurde durch eine Kundgebung zu Ehren der verstorbenen Parlamentarier und der Opfer von Oppau eröffnet. Reichpräsident Loh gebachte zunächst des Wortes an Erzberger. Hier handelte es sich nicht um die verzweifelte Tat eines verzweifelten Fanatikers, sondern um den blutigen Überfall auf geschickter Mordgesellen. Es habe Personen gegeben, die die Tat billigten und entschuldigten. Die Mörder haben das Opfer mit Blut besudelt. Erzberger hat oft im heftigsten Kampfe gestanden, wobei ihm mancher Feindgriff unterlaufen sein mag, aber er hat gearbeitet im Dienste des Parlaments

### Musikfest der Herbstwoche.

#### Zeitgenössischer Komponistenabend.

Das geistige Konzert in der Festhalle zeitgenössischer Komponisten wird man wohl als einen Höhepunkt der Karlsruher Herbstwoche ansprechen dürfen, nicht etwa nur wegen des persönlichen Erscheinens drei unserer bedeutendsten zeitgenössischen Tondichter und ihres Auftretens als Gastdirigenten, was ja des sensationellen Reizes nicht ganz entbehrt, sondern weil in dieser Veranstaltung für Karlsruhe der zeitgenössischen Tondichtung zum ersten Mal in größerem Rahmen und vor einer ganz breiten Öffentlichkeit eine Gasse gebahnt wurde. Wir haben es am Schluß der vergangenen Saison in einem Kammermusikfest erleben müssen, daß das Publikum einem modernen Komponisten gegenüber streifte, so daß wolens wolens ein Klavier aufs Programm gesetzt werden mußte. Das war der Standpunkt eines eilen, selbstgefälligen Spiegelexens. Man ehre die alten Meister, aber auch die lebende Künstlergeneration hat ein Recht darauf, gehört zu werden. Das Publikum braucht deshalb ihre Erzeugnisse nicht als ein Evangelium hinzunehmen, es soll aber auch nicht vornehm urteilen, wenn ihm mit einem Male eine ganz neue Tonwelt erschlossen wird. Da war es nun in dem geistigen Konzert geradezu eritaunlich zu beobachten, mit welcher Begeisterung die Hörer mitgingen und nicht nur Hans Fikner, einem verhältnismäßig konservativem Musiker, fröhlichen Beifall spendeten, sondern wie sie sich schnell und elastisch auf Korngold und Schreker, unsere modernsten Klangproblematiker, einstellten und ihnen enthusiastisch zujubelten. Das Karlsruher Publikum hat eine fortschrittliche Gesinnung den viel umstrittenen Tonproblemen der Gegenwart gegenüber an den Tag gelegt, die man noch vergangene Saison nicht für möglich gehalten hätte. Oder sollte der ganze Enthusiasmus nur auf das Konto der anwesenden Persönlichkeiten und nicht auf das ihrer Schöpfungen kommen? —

An erster Stelle brachte der Abend Vorträge und Karneval aus „Violanta“ von Erich Wolfgang Korngold, den wir aus der „ersten Stadt“ als den feinsten

und Landes. Möge die Geschichte ihm geben, was viele seiner Zeitgenossen ihm verweigert haben.

Der Präsident erinnert weiter an das Ableben des Abg. Reichhaus (Soz.) und an das furchtbare Explosionsunglück in Oppau. Mit tiefer Trauer steht der Reichstag an der Bahre der Opfer und drückt den Hinterbliebenen sein Beileid aus. Nach Erhebung einer größeren Anzahl von Anfragen wurde das Gesetz über die Verpflichtung der Zukunft über militärisch-falsche Gelder und deren Herausgabe in erster und zweiter Lesung angenommen.

Das Haus vertagte sich dann auf Mittwoch 2 Uhr: Tagesordnung: Antrag der Kommunisten auf Entlassung des Abg. Thomas in Bayern, Feuererlaubnis für Beamte und Angestellte, sozialdemokratische Interpellation über das Explosionsunglück in Oppau. Das Reichstagsgebäude war gestern in den Reichsflaggen beflaggt. So wird es nach besonderer Verordnung des Reichspräsidenten Loh in Zukunft an allen Tagen sein, an denen Plenarsitzungen stattfinden, eine Gepflogenheit, die auch bei den Parlamenten anderer Länder geübt wird.

### Die Einigung zwischen Bayern und dem Reich.

Amlich wird aus München unterm 26. gemeldet: Das Ergebnis der zwischen der bayerischen Staatsregierung und der Reichsregierung gepflogenen Verhandlungen über den Erlaß der Reichsregierung vom 29. August und über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern wird morgen nachmittags Gegenstand der Beratungen im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages sein. Um der verfassungsmäßigen Entscheidung des Landtages nicht vorzugreifen, ist von einer Veröffentlichung des Wortlautes der Verhandlungen Abstand genommen worden.

Bevorzugt ist durch Indiskretion eine unrichtige Darstellung der Abmachungen erfolgt und der Eindruck erweckt worden, als ob nach den jetzt getroffenen Vereinbarungen der Reichsminister des Innern selbständig eine Verfügung erlassen könnte und die Landesbehörden lediglich das Recht der Beschränkung an den Reichsausschuß hätten. Das ist falsch. Im Gegenteil ist tatsächlich vereinbart worden, daß die Landeszentralbehörden allein das Recht zum Erlaß von Verboten haben. Dem Reichsminister des Innern wurde lediglich das Recht eingeräumt, an die Landesbehörden ein Ersuchen um den Erlaß von Verboten und Maßnahmen zu richten. Wenn die Landesbehörde glaubt, einem solchen Ersuchen nicht Folge leisten zu können, dann tritt die schiedsrichterliche Entscheidung der föderativen Instanz des Reichsausschusses ein.

### Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

Der geistige bayerische Ministerrat hat den am 24. September in Berlin getroffenen Vereinbarungen über die Verordnung des Reichspräsidenten betreffend den Ausnahmezustand in Bayern, zugestimmt. Die Zustimmung zu diesen Vereinbarungen besagt, daß der bayerische Ausnahmezustand mit Wirkung vom 15. Oktober aufgehoben wird.

### Wer hat in Bayern Ordnung geschaffen?

Zu dem Verstande einer großen Geschichtsfälschung wird der „Südd. Demokrat. Korresp.“ von besonderer Seite geschrieben:

„Es beginnt in der Presse ein Treiben zur Vergötterung des Herrn v. Kahr, das den Tatsachen einfach ins Gesicht schlägt. Wir behaupten, daß sich auch ein demokratisches Organ Nordbayerns durch folgende Sätze an diesem Treiben beteiligt: „Herr v. Kahr, der bayerische Ministerpräsident, hat seit den Umsturztagen in München (!) mit starker Hand Bayerns Geschicke geleitet und dem bayerischen Volk Ruhe und Ordnung gewährleistet.“ Diesem Märchen, das allmählich Geschichte zu werden droht, sollte eine demokratische Zeitung selbst entgegenstehen, statt es zu verbreiten. Als Herr v. Kahr nach dem Kapp-Putsch in Berlin im März 1920 die Regierung antrat, war in Bayern längst Ruhe und Ordnung gewährleistet. Die Ruhe und Ordnung schaffte unter unsäglichen Schwierigkeiten und Gefahren nach den Umsturztagen in München, die bekanntlich ein volles Jahr vorher fielen, zuerst von Bamberg aus, dann in München die erste Koalitionsregierung, die unter dem Vorherrschaft des Ministers Hoffmann stand. Abneigung gegen diesen Mann, der bezüglich der Regierung freilich das Gegenbild des Herrn v. Kahr war, darf die geschichtliche Wahrheit nicht verzerren. Herr v. Kahr hat das Verdienst, mit seinem Ministerium die bereits hergestellte

Nahe und Ordnung, wenn auch mit einem vielleicht allzu lange durchgeführten Ausnahmezustand aufrechterhalten zu haben. Wir lassen Herrn v. Kahr gegenüber volle Gerechtigkeit nach allen Richtungen hin walten. Wir halten es aber für ein schweres Unrecht, schon nach zwei Jahren die Verdienste der Männer, die auch für das Bürgertum damals den Kopf hinstellten und die Ordnung wirklich schufen, zugunsten eines politischen „Ständes“, das Herr v. Kahr in seiner übermäßigen Glorifizierung durch die Presse heute ist, einfach wegwischen zu lassen. Jedes solche Übermaß von Lob, das Herr v. Kahr genießt und dem die „Süddeutsche Demokratische Korresp.“ bereits, wenn auch mit Zurückhaltung, einen Teil des wahren Bildes entgegengesetzt hat, schadet ihm, da nach einiger Zeit die großen Mängel des Regiments Kahr auch den Kreisen offenbar werden müssen, die in ihm heute noch den vielgerühmten starken Mann sehen, der er bei aller „Ehrenhaftigkeit“ — um mit Dr. Schlittenbauer zu sprechen — wirklich nicht war. In seiner parlamentarisch-politischen Tätigkeit und Leitung sicherlich nicht, wie jeder Eingeweihte weiß.“

### Die Entente und die deutsche Schutzpolizei.

Der Vorsitzende der interalliierten Militärmission, General Nollet, hat an das Auswärtige Amt nachstehende Note gerichtet: Nach dem Schreiben der interalliierten Militärkontrollkommission am 12. Mai mußte die Durchführung der auf die Polizei bezüglichen Bestimmungen der Note von London bis zum 15. Juli beendet sein. Es ergibt sich aber aus den Feststellungen der Kontrollorgane nach dem Stande vom 1. September, daß bei einem Teil jener Bestimmungen noch nicht einmal mit der Durchführung begonnen ist. Hinsichtlich der Organe ist keinerlei Veränderung der Zentralisation der Verwaltung vorgenommen, obwohl die Pariser Note ausdrücklich jede Zentralisation „auf irgend einer Stufe oder in irgend einer Weise“ untersagt hat. Andererseits ist die gegenwärtige Schutzpolizei in taktische Einheiten organisiert und militärisch eingeteilt, instruiert, ausgerüstet, kaserniert und im Überflus mit technischen Geräten und Material ausgerüstet. Sie hat den Charakter einer mobilen Streitmacht. Sie wird von einem Ort des Reichsgebietes nach einem anderen in eigens aufgestellten Einheiten und mit zweckmäßigen Material, ganz wie die Reichswehr, verlegt. Die gegenwärtige Polizei hat also aus den in der letzten Note von Voulouge gemachten Zugeständnissen Vorteile gezogen, ohne den Verpflichtungen unterworfen worden zu sein, die als formelle Bedingungen an die zugestandenen Verstärkungen geknüpft worden sind.

Die alliierten Regierungen haben aber einer Veränderung der Stärke und einer Verbesserung der Polizei nur unter der ausdrücklichen Bedingung zugestimmt, daß sie ihren edlen Charakter, unter Ausschluß jeden militärischen Charakters, wahren müsse. Hinsichtlich der Stärke hat die deutsche Regierung eine allgemeine Verteilung unter die deutschen Länder vorgenommen, die mit den Bestimmungen der Note von Paris übereinstimmen. Die Schwierigkeiten aller Art jedoch, mit denen die Kontrolle zu kämpfen habe, habe sie gehindert, festzustellen, ob diese Verteilung in den einzelnen Ländern auch genau innegehalten worden ist.

Abgesehen ist seit der Note von London keine Verminderung der Polizeistellen festgestellt worden, obwohl diese damals die zugelassene Zahl überstieg. Was die Schupo anbelangt, so hat sich seit der Note von London ebenfalls keine Veränderung feststellen lassen, weder hinsichtlich ihrer Zahl, noch hinsichtlich ihrer Organisation.

Bei dieser Sachlage beehet sich die Kommission, darum zu ersuchen, daß ohne neuen Bezug die notwendigen Anordnungen vorgenommen werden, um die Organisationen der Polizei im Einklang mit den Bestimmungen des Friedensvertrages und den ergänzenden Entscheidungen der alliierten Regierungen zu bringen. Sie verlangt ferner:

- a) daß eine Übersicht der vollständigen Stärke nach Orten überfandt werde, wobei die verschiedenen Kategorien der Polizei auseinanderzusetzen sind.
- b) daß ihr die Listen der kommunalen und der staatlichen Polizeischulen vom Stande 1918 und 1921 überfandt werden. Sie dringt endlich darauf, daß alle Maßnahmen getroffen werden, um der Kontrolle der Polizei (Stärken, Schulen und Depot) völlig freie Ausübung zu ermöglichen.

### „Dämmerung.“

Der „Mannheimer Generalanzeiger“ schreibt am 20. September anlässlich eines in einer politischen Versammlung in Länderscheid auf Stresemann abgegebenen Bittens: „Als ob mit der Ermordung Erzbergers das Unheil noch nicht genug geschehen sei, geht selber durch das deutsche Volk eine Woge der Leidenschaftlichkeit und Erregung, wie nie zu-

Schilderer zarterster Seelenstimmungen kennen gelernt haben. Anders die „Violanta“-Musik, die uns an die Lagunen Venedigs entführt und das sinnenaufpeitschende Karnevalsleben Italiens in einer Musik von schillernden, glühenden, sprühenden Farben und Lichtern eingetaucht hat. Nicht mit dem trassen Realismus eines Impressionisten aufgegeben, sondern mit dem subtil reagierenden Ohr eines hochentwickelten Klangsinns.

Franz Schreker dirigierte sein „Vorspiel zu einem Drama“. Schreker ist nur Ton, nur Farbe, nur Klang. Daher die fast maßlose Steigerung des Orchesters zu einem Apparat von fantastischer Kompliziertheit. Aber dieses Rieseninstrument spielt er mit raffinierter Virtuosität. Diese Musik ist an der äußersten Grenze der Kunst angelangt, sie ist fast schon künstlichkeit, sie ist Zivillisation. Unerbittliche Klangbilder werden erschlossen. Unheimliche Kräfte sind am Werk, die uns in eine Hölle von Dissonanzen führen, in ein Chaos von Tönen, in einen Strudel von Tonwellen, die uns nicht fortziehen, ohnmächtig mit sich tragen, bis wir in dem wohligen Bad inbrünstig jubelnder Harmonien uns wiederfinden. Welche Abtünche in geheimnisvolle Tiefen, welche in Aufstößen wider Genossen, welche rhythmischen Energien, welche Überleitungen von überakender Neuartigkeit!

Ein genial gezeichnetes Tonstück, mit einzigenden humoristischen Rhythmen ist Korngolds Suite aus „Viel Lärm um Nichts“ für Kammerorchester. Die rhythmisch beschwingte Ouvertüre läuft wie ein Sturmwind vorüber. Die Szene „Mädchen im Brautgemach“ wird von einer weitausschwingenden Melodie getragen, der Rhythmus der Wache ist mit grotesker Komik gezeichnet, die Gartenzene-Rausch ist durchhaucht von süßen Blumenidyllen und die Blumenhochzeit ist mit köstlicher Ausgelassenheit auf vollstimmliche Elemente aufgebaut. Der letzte Satz wurde noch stürmischer Beifall Dacapo gewährt. Diese Suite ist ein kleines Meisterwerk eines begnadeten Meisters, der mit rhythmischer Elastizität produziert und mit einem Klangsinns instrumentiert.

Hans Fikner brachte seine Musik zu Kleist's „Rathchen von Heilbronn“ zur Aufführung. Mit romantischem Schwung hat er den Charakter der Dichtung ausgezeichnet getroffen. Die Musik strahlt mit ihren hellen

Orchesterklängen — in der Ouvertüre besonders — jubelnde Festesfreude aus. Das Vorspiel zum 3. Akt und „Nach der Hollarbuchhizene“ sind ganz aus der Natur geschöpfte Tongemälde. Einen prächtigen Abschluß des Konzerts bildete die Überleitungs-musik und der grandios aufgebaute Schlusmarsch.

Es war eine Freude zu sehen, wie unser Orchester, das einen glänzenden Tag hatte, ganz auf die Intentionen der drei Komponisten-Direktoren einging und wie alle Teile des bedeutend verstärkten Orchesters mit Singabe, ja mit Begleitung ihre Aufgaben lösten, so daß die technischen Schwierigkeiten der aufgeführten Orchesterwerke restlos benützt wurden. Hugo Kaller.

### Kunstgewerbehaus Gerber u. Schawinsky.

Das Kunstgewerbehaus Gerber und Schawinsky in der Kaiserstraße hat sich auch diesmal wieder anlässlich des Schausensterbewerbes der Karlsruher Herbstwoche ganz besondere Mühe gegeben, um dem Publikum eine rechte Augenweide zu bereiten. Die vier schönen und großen Fenster sind nach künstlerischen Grundrissen ganz vorzüglich dekoriert worden. Man sieht eine Fülle von Gegenständen aus den mannigfaltigen Gebieten des Kunstgewerbes, und doch ist alles überaus herrlich und gefällig geordnet.

Eine besondere Freude bilden diesmal die neuen keramischen Arbeiten von Hella Amend. Es sind vor allem Gefäße in durchbrochener Manier, die nicht nur durch ihre gediegene und aparte Form, sondern auch durch die eigene, sich den technischen Bedingungen des Brennens harmonisch anpassende Art des Farbauftrags die Aufmerksamkeit auf sich lenken. Hella Amend hat mit diesen neuen Schöpfungen einen großen Schritt vorwärts getan in ihrer Entwicklung als keramische Künstlerin. Und es ist ein Verdienst der ausstellenden Firma, daß sie diese außerordentlich dekorativ wirkenden und von feinstem künstlerischem Empfinden zeugenden Arbeiten in größerer Anzahl der Betrachtung des Publikums zugänglich gemacht hat. Die Stücke sind übrigens Unica. Das heißt, es existiert immer nur ein Exemplar davon. Dadurch erhöht sich naturgemäß der künstlerische und schätzbare Wert ganz bedeutend.



# KARLSRUHER-HERBSTWOCHE

23. SEPTEMBER - 3. OKTOBER 1921

Sonderbeilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger)

# MONINGER-BIER



## Möbel-Ausstellung

der Firma

## Holz-Gutmann

109 Kaiserstraße 109

109 Kaiserstraße 109



### Leder-Möbel-Fabrik

A. Kiemle, Karlsruhe i. B.

Sommerstrasse 30a

empfiehlt

Klub-Fauteuils und Sofas

sowie alle Arten Polstermöbel

In sämtlichen Leder- u. Stoffarten

Schreibtische u. Speisezimmerstühle.

Gegründet 1906.



### Spezialhaus für elegante Herren- und Jünglings-Kleidung

Sehr große Auswahl in Anzügen, Regenmänteln, Raglans u. Schlüpfen

Spezial-Abteilung für erstklassige Maß-Anfertigung



Adolf Stein Nachf. Inhaber: J. Weiss  
Kaiserstraße 233 Erste Etage Ecke Hirschstraße  
Telephon 1860

### Elektrische Licht- und Kraftanlagen

zu ermäßigten Preisen

Georg Hanstein & Cie.

Karlsruhe i. B. Augartenstrasse 6

Fernsprecher Nr. 356.

### SACKFABRIK



NEU UND GEBRAUCHT

ALFRED JUST  
KARLSRUHE OST  
SOMMERSTR. 30 + FERNSPR. 268

### PROGRAMM

Donnerstag, 29. September.

Im Landestheater unter musikalischer Leitung des Komponisten Erich Wolfgang Korngold: „Die tote Stadt“, Oper in drei Bildern nach Rodenbachs Schauspiel „Das Trugbild“ von Paul Schott. Anfang 6 1/2 Uhr, Ende gegen 9 1/2 Uhr. Sperrs. I. Abt. 25 Mk.

In der Eintracht: Goethe-Abend, Kurt Neufeldt, Konzert-Direktion. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 9 Uhr. Mk. 8.—, 6.—, 4.—, 2.— (ohne Steuer).

Ausstellungen:

Badische Möbelschau, Städtische Ausstellungshalle, 10-6 Uhr, Mk. 2.50

Schaufenster-Dekoration, die Läden der Stadt.

Badisches Landesmuseum, ehemaliges Schloß, 11-1, 3-5 Mk. 1.—, 9-11, 2-3 Mk. 5.—

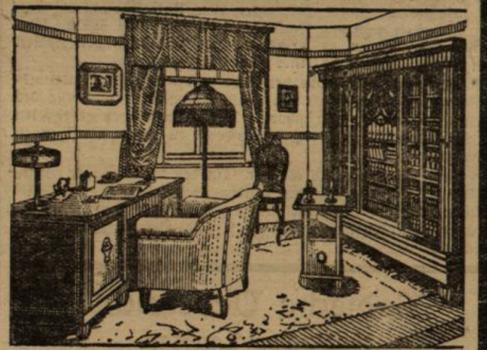
Badische Kunsthalle, Hans Thomastraße 2, 11-1, 3-5 Mk. 2.—, 9-11, 2-3 Mk. 5.—

Juryfreie Kunstausstellung Karlsruher Künstler, Waldstr. 3, 11-1, 2-4 Mk. 2.—

Graphik-Ausstellung Karlsruher Künstler, Galerie Moos, 11-1, 2-4 Mk. 1.—

Gewerbl. Ausstellung in der Landesgewerbehalle Karlsruherstr. 17, 24. Sept. 9-12, 2-4.

Blumen- und Obstschau, Stadtgarten, 25. September bis 2. Oktober, 9-6.



Komplette Wohnungen = Einrichtungen

Einzel-Möbel Qualitäts-Möbel

M. TANNENBAUM

Karlsruhe Adlerstrasse 13

### FR. RIFFEL, Karlsruhe i. B.

Waldstrasse 40a (Ludwigsplatz)

Korbwaren Kinderwagen

SPEZIALITÄT: Moderne Peddigrohr-Möbel.

EIGENE FABRIKATE

### EDUARD VEHSE Süddeutsche Fürstenhöfe

Herausgegeben von Gustav Mayer

I. Band: Der bayerische Hof, / II. Band: Der württembergische und badische Hof, / III. Band: Der hessische Hof mit dem Hofe Hessen-Kassel, den Nebenlinien Rothenburg, Phillipsthal-Barchfeld und dem Hofe von Homburg. Preis jedes Bandes in künstlerischen Pappbänden je 30 M. Geschenkausgabe, auf besserem Papier und mit breitem Rande, Halbpergament, je 100 Mark.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag Karlsruhe in Baden, Karlsruherstrasse 14.

### NEUE FRAUENKLEIDUNG UND FRAUENKULTUR

Zeitschrift für persönliche, künstlerische Kleidung, Körperkultur u. Kunsthandwerk, mit Schnittmusterbogen. — 17. Jahrgang



Jährlich 6 Hefte 30.— M., Halbjährlich 15.— M., Einzelheft 6.— M.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe in Baden, Karlsruherstrasse 14.

### Franz Zink

Kaiserstr. 162

Telephon 2943



bei der Hauptpost.

Hauptniederlage seit 1883

Anfang Oktober wird erscheinen:

### Neubegründung der Psychologie von Mann und Weib

von

Dr. M. Vaerting

I. Band

Die weibliche Eigenart im Männerstaat und die männliche Eigenart im Frauenstaat

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe in Baden, Karlsruherstrasse 14